EVANGELISCH-LUTHERISCHE KIRCHE IN BAYERN DER LANDESKIRCHENRAT

Kirchliches Leben während der Coronavirus-Pandemie Update 52, Stand 26.11.2021

Was ist neu in Update 52?

- Das Update berücksichtigt die 15. BaylfSMV vom 23.11.2021 (auf diese Norm beziehen sich alle §-Nennungen).
- Neu sind die Anlagen 2a, 4, 4a, 12a 12e, 32, 33.
- Die Anlagenübersicht wurde aktualisiert und wiederaufgenommen.

1. Allgemeines

a) Maskenstandard und Maskenpflicht

Es gilt eine FFP2-Maskenpflicht in Gebäuden und geschlossenen Räumen. Die Maskenpflicht gilt nicht am festen Sitz-, Steh- oder Arbeitsplatz soweit zuverlässig ein Mindestabstand von 1,5 m zu anderen Personen gewahrt wird, die nicht dem eigenen Hausstand angehören (§ 2 Abs.1 S. 2 Nr. 2).

Im Falle von Veranstaltungen gilt grundsätzlich die FFP2-Maskenpflicht, auch bei Veranstaltungen im Freien (§ 2 Abs. 2), und auch bei festen Sitzplätzen mit 1,5 m-Abstand (§ 4 Abs. 2 Nr. 3 Buchst. b). Für Gottesdienste gelten besondere Regelungen (siehe unten).

Für Kinder und Jugendliche gelten für den Bereich der Schule oder je nach Lebensalter unterschiedliche Maskenanforderungen. Komplett von der Maskenpflicht befreit sind Kinder bis zum 6. Lebensjahr sowie Personen, die aus gesundheitlichen Gründen keine Maske tragen können (nur mit Attest). Zwischen dem 6. und dem 16. Geburtstag kann auch bei FFP2-Maskenpflicht eine medizinische Maske getragen werden (dies gilt nur außerhalb der Schule).

b) Lüften und Heizen

Regelmäßiges, kurzes Stoßlüften kann die Aerosolbelastung der Luft reduzieren und wird für Arbeitsräume nachdrücklich empfohlen. Bitte beachten Sie die zusammengefassten Handlungsempfehlungen des Landeskirchlichen Baureferats in Anlage 13, sowie die knappe Empfehlung des Erzbistums Bamberg (Anlage 14), die wir uns für die ELKB zu eigen gemacht haben.

c) Dienst- und arbeitsrechtliche Handlungsempfehlung im Falle einer Corona-Infektion In Anlage 31 finden Sie die Beschreibung der Vorgehensweise.

d) Hygieneschutzkonzept

Die Kirchengemeinden können durch eigene Hygieneschutzkonzepte die konkrete Anwendung der allgemeinen Regelungen bestimmen. Folgt der Kirchenvorstand dabei dem zusammen mit den Freistaat Bayern erarbeiteten Hygieneschutzkonzept, so erfüllt er jedenfalls die staatlichen Auflagen (Anlage 2).

e) Überprüfung der Impf-, Genesenen- und Testnachweise

Überall, wo 2G oder 2G+ gilt, ist sicherzustellen, dass der Zugang nur nach Kontrolle einschließlich Identitätsfeststellung erfolgt. Dies gilt auch für gemeindliche Veranstaltungen wie Kirchenkaffee, Chor etc. Für die Identitätsfeststellung geeignet sind z.B. Pass, Personalausweis, Führerschein. Für den Arbeitsplatz siehe nähere Regeln (siehe unten).

2. Gottesdienst

- a) Gottesdienst kann immer nach zwei Modellen gefeiert werden, selbst bei Überschreiten des Inzidenzwertes von 1000 (§ 15); in jedem Fall muss weiterhin ein Infektionsschutzkonzept bestehen. Die möglichen Modelle sind:
 - **aa)** Möglichkeit 1: Bei Anwendung von 3G darf ohne Abstandsregelungen mit FFP2-Maske gefeiert werden.
 - Getesteten Personen stehen gleich: Kinder bis zum sechsten Geburtstag, noch nicht eingeschulte Kinder und Schülerinnen und Schüler, die regelmäßigen Testungen im Rahmen des Schulbesuchs unterliegen (§4 Abs. 7).
 - Werden keine 1,5m-Abstände eingehalten, dann muss die Maske durchgehend getragen werden, auch am festen Platz. Zur Eingangskontrolle gehört auch eine Identitätskontrolle (§4 Abs. 5).
 - bb) Möglichkeit 2: Wird die 3G-Regel nicht angewendet, muss mit Mindestabstand von 1,5 m zwischen Personen verschiedener Hausstände gefeiert werden. Am Sitzplatz darf die Maske abgenommen werden. Wir empfehlen dennoch dringend, die Maske aufzubehalten, insbesondere beim Singen. Die Höchstteilnehmerzahl bestimmt sich danach, wie viele Plätze mit Abstand von 1,5 m vergeben werden dürfen.
 - cc) Bei für den Gottesdienst unmittelbar vorbereitenden Treffen und Proben (kleine und kurz gehaltene Gesangsproben) sollte die 3G eingehalten werden, ebenso sollten Masken getragen werden. Auch das Proben im Freien oder weit verteilt in der Kirche kann hier mehr Sicherheit bringen.
 - **dd)** Bei **Krippenspielproben** können die Regeln für schauspielerische Aktivitäten für Kinder (siehe Nr. 7) angewendet werden (§4 Abs. 3 Nr. 2).

ee) Singen im Gottesdienst

- Grundsätzlich ist **Gemeindegesang** erlaubt, es wird angeraten, auch dann Masken beim Singen zu tragen, falls diese im Gottesdienst am Sitzplatz abgenommen werden dürfen (also immer dann, wenn 1,5m-Abstände eingehalten sind).
- Liturgisches Singen/Sprechen sind ohne Maske mit Mindestabstand 2 m möglich (wo lautes Sprechen ohne Mikrofon nötig ist, weiterhin 4 m). Dies gilt auch für Mitwirkende an der Liturgie.
- b) Gottesdienst kann nach Beschluss des Kirchenvorstandes auch nach 3G+ (PCR-Test), 2G oder 2G+ (Schnelltest oder PCR-Test oder/und Maske), gefeiert werden, also strenger, als es die 15. BaylfSMV vorschreibt. Es besteht weiterhin Maskenpflicht, wenn der 1,5m-Abstand nicht eingehalten werden kann.

- c) Gottesdienste im Freien: Es bestehen derzeit keine gesonderten Regelungen. Wir empfehlen, dass auch dort der Abstand eingehalten wird und Masken getragen werden.
- **d)** Abendmahl im Gottesdienst wird als Wandelkommunion mit Mindestabstand 1,5 m ausgeteilt. Wo dies nicht möglich ist, sind gut organisierte Halbkreise denkbar.
- e) Kindergottesdienste und Gottesdienste mit Kindern und ihren Familien können entsprechend den Regelungen für Gottesdienste gefeiert werden (Anlage 2 a).
- f) Für Aussegnungen gilt die Regelung für private Zusammenkünfte zuhause, d.h. keine Personenobergrenze, keine Maskenpflicht, aber die Empfehlung Abstand zu halten. Für die Durchführung von Bestattungen gelten die Regeln für Gottesdienste. Für anschließende Treffen der Trauergäste siehe Anlagen 4 und 4a. Für das "Trauern zu Hause" gibt es zwei Flyer (Anlagen 17b und 17c).
- g) Die Verwendung des Klingelbeutels ist möglich. Am besten hält nur eine Person den Klingelbeutel an einem langen Stiel. Die Kollektenplattform <u>www.sonntagskollekte.de</u> bietet eine gute digitale Möglichkeit für Kollekten (Anlage 21).
- 3. Berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung, außerschulische Bildung und Erwachsenenbildung, Hochschulen, Bibliotheken und Archive

Bei einer regionalen Inzidenz von unter 1000 gilt die 2G-Regel (§5). Kinder unter 12 Jahren und 3 Monate unterliegen der 2G-Regel hier nicht (§ 5 Abs. 1 am Ende). Kinder oberhalb dieses Alters unterliegen der 2G-Regel. Das bedeutet, dass für Kinder unter 12 Jahren und 3 Monate Präsenzangebote weiterhin gemacht werden können, ohne dass die 2G-Regel eingehalten werden muss. In der Altersgruppe darüber dürfen nur diejenigen in Präsenz teilnehmen, die tatsächlich geimpft oder genesen sind. Dass Schülerinnen und Schüler allgemein als getestet gelten (§ 4 Abs. 7), reicht bei dieser Altersgruppe nicht aus.

Bei einer regionalen Inzidenz von über 1000 sind alle Formate in diesen Bereichen in Präsenz untersagt. Dies alles gilt auch für Konfirmandenarbeit und Musikunterricht.

4. Beherbergung und Gastronomie

Inzidenz unter 1000:

Es gilt jeweils die 2G-Regel (§5).

Minderjährige Schülerinnen und Schüler können abweichend davon wegen ihrer schulischen Testungen zugelassen werden (§ 5 Abs. 3).

Für den Betrieb von Beherbergungsbetrieben und für die Gastronomie gilt das jeweils gültige staatliche Rahmenkonzept (§7). Die Abgabe und Lieferung von zur Mitnahme bestimmten Speisen und Getränken ist stets zulässig (§11 Nr.5).

Inzidenz über 1000:

Beherbergungen sind grundsätzlich untersagt, und dürfen nur für zwingend erforderliche und unaufschiebbare nichttouristische Aufenthalte zur Verfügung gestellt werden (§ 15 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. e).

Gastronomie jeder Art ist untersagt. Die Abgabe und Lieferung von zur Mitnahme bestimmten Speisen und Getränken ist stets zulässig, wobei ein Verzehr vor Ort untersagt ist (§15 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. c und aa). Nichtöffentliche Betriebskantinen dürfen betrieben werden (siehe §15 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. c und bb).

- 5. Dienstliche Zusammenkünfte (Gremien- und Arbeitstreffen, Dienstbesprechungen, Kirchenvorstandssitzung, Synoden etc.)
- a) Bei kirchlichen Mandatsträgern gibt es nicht nur ein grundsätzliches Teilnahmerecht, sondern auch eine Teilnahmepflicht, sodass in jedem Fall eine rechtskonforme Beteiligung sichergestellt werden muss. Hier ist eine digitale Beteiligung gemäß KGO und DBO möglich.
- b) Bei beruflichen und dienstlichen Zusammenkünften handelt es sich nicht um "Veranstaltungen" im Sinne von § 4 der 15. BaylfSMV. Auch die Kirchenvorstandsitzungen und die Sitzungen anderer kirchlicher Leitungsorgane sind solche beruflichen und dienstlichen Zusammenkünfte und keine Veranstaltungen.
 - Die Kontaktbeschränkungen für Ungeimpfte und Nichtgenesene gelten nicht für berufliche und dienstliche Tätigkeiten sowie für ehrenamtliche Tätigkeiten in Körperschaften des öffentlichen Rechts, bei denen ein Zusammenwirken mehrere Personen zwingend erforderlich ist (§ 3 Abs. 2).

Für diese Sitzungen gilt also die Maskenpflicht bis zum Erreichen des festen Sitzplatzes, mit jeweiligem 1,5m Mindestabstand zwischen den Sitzplätzen (§ 2).

Beim Zugang zur Arbeitsstätte gilt für Arbeitgeber und Beschäftigte die 3G-Regel mit Nachweispflichten nach § 28 b IfSG. Ehrenamtliche Mitarbeitende haben die gleichen Pflichten wie Beschäftigte.

Treffen von Pfarrkapitel sind dienstliche Zusammenkünfte in Arbeitsstätten, für die die 3G-Nachweispflicht gilt (§ 28b Abs. 1 Satz 1 IfSG).

Die kirchlichen Mandatsträger (z.B. Kirchenvorsteherinnen und Kirchenvorsteher) gelten nicht als Arbeitgeber und Beschäftigte in diesem Sinne, sodass diese keinen 3G-Nachweis erbringen müssen. Zur Sicherheit aller werden Tests oder die digitale Beteiligung an dienstlichen Zusammenkünften empfohlen.

c) Eine dienstliche Zusammenkunft kann freiwillig auch strenger durchgeführt werden, z. B. dass von Ungeimpften ein PCR-Test und von den Geimpften und Genesenen ein Schnelltestergebnis vorzulegen ist etc. Es ist dann vertretbar, dass der Arbeitgeber bzw. Dienstherr ausnahmsweise auch für die PCR-Testkosten aufkommt.

- d) Eine dienstliche Zusammenkunft kann auch unter freiwilligem 2G erfolgen. Zu beachten ist aber, dass alle ungeimpften, nicht-genesenen Mitarbeitenden an der dienstlichen Zusammenkunft trotzdem in geeigneter Weise und rechtskonform teilnehmen können, z.B. im Wege einer Hybridsitzung.
- e) Videokonferenzen und Umlaufbeschlüsse haben sich vielfach bewährt und sollen weiterhin als gute Arbeitsweisen genutzt werden. Genaueres, auch zu den von der Synode beschlossenen Möglichkeiten für digitale Sitzungen, finden Sie im Dekanatsrundschreiben https://www2.elkb.de/intranet/node/25834.
- 6. Kultur- und Gemeindeveranstaltungen wie Kirchenkaffee, Konzerte etc., sofern keine außerschulische Bildung vorliegt, Tagungen und Kongresse
 - a) Für diese in der Überschrift genannten Veranstaltungen gilt § 4, somit 2G Plus. Liegt die Inzidenz über 1000, gilt nach § 15 ein Verbot.
 - b) Die Vermietung von Gemeinderäumen für private Veranstaltungen ist weiterhin möglich. Es bestehen Kontaktbeschränkungen für Ungeimpfte und Nichtgenesene (§ 3). Auf den Verkehrswegen gilt das bestehende Hygieneschutzkonzept. In den vermieteten Räumlichkeiten ist der Mieter für die Einhaltung der jeweils geltenden Regelungen verantwortlich. Dies sollte der Mietvertrag klarstellen.
 - c) Informationen, Impulse und Material für digitale und Präsenz-Workshops in Kirchenvorständen, Gremien und Teams bieten www.afg-elkb.de und www.gemeindeakade-mie-rummelsberg.de.
 - d) Bei einer Inzidenz unter 1000 können minderjährige Schülerinnen und Schüler zur eigenen Ausübung sportlicher, musikalischer oder schauspielerischer Aktivitäten zugelassen werden, jedoch nicht als Zuschauer oder Helfer.
 - e) Ausnahmsweise können im Einzelfall Personen vom Veranstalter als Teilnehmende zugelassen werden, die sich nicht impfen lassen dürfen. Hierfür muss ein ärztliches Zeugnis im Original vorgelegt werden (§ 4 Abs. 3 Nr. 1).
 - f) Auch bei 2G plus gilt hier: Sind Beschäftigte oder Ehrenamtliche, die an der Durchführung der Veranstaltung beteiligt sind bzw. diese leiten, selbst nicht geimpft und nicht genesen, so ist von ihnen an zwei verschiedenen Tagen pro Woche ein negativer PCR-Test vorzulegen, der vor je höchstens 48 h vorgenommen worden ist. Der Arbeitgeber bzw. Dienstherr kommt grundsätzlich nicht für die Kosten dieser PCR-Tests auf; Ausnahmen bestehen nur, wenn sich die Person nicht impfen lassen darf (ärztliches Attest ist im Original vorzulegen). Die 3G Nachweispflicht beim Zugang zur Arbeitsstätte gilt für Arbeitgeber und Beschäftigte darüber hinaus (§ 28b Abs. 1 IfSG).

7. Musik und schauspielerische Aktivitäten

Möglicherweise wird es bald ein neues staatliches Rahmenkonzept für Proben in den Bereichen Laienmusik, Amateurtheater und kulturelle Veranstaltungen geben (§ 7 Abs. 2).

a) Musikschulen/Musikunterricht:

Bei Inzidenz unter 1000 gilt 2G. Kinder unter 12 Jahren und 3 Monate unterliegen der 2G-Regel hier nicht (§ 5 Abs. 1 am Ende). Kinder oberhalb dieses Alters unterliegen der 2G-Regel. Das bedeutet, dass für Kinder unter 12 Jahren und 3 Monate Präsenzangebote weiterhin gemacht werden können, ohne dass die 2G-Regel eingehalten werden muss. In der Altersgruppe darüber dürfen nur diejenigen in Präsenz teilnehmen, die tatsächlich geimpft oder genesen sind. Dass Schülerinnen und Schüler allgemein als getestet gelten (§ 4 Abs. 7), reicht bei dieser Altersgruppe also nicht aus.

Bei einer Inzidenz über 1000 gilt nach § 15 ein vollständiges Präsenzverbot.

b) Chöre und schauspielerische Aktivitäten:

- aa) Diese sind im Bereich der Kultur zu verorten, sodass 26 plus gilt.
- bb) Minderjährige Schüler und Schülerinnen, können zur aktiven Ausübung musikalischer und schauspielerischer Tätigkeiten zugelassen werden, da sie als getestet gelten und dies hier ausnahmsweise ausreicht (§ 4 Abs. 3 Nr. 2). Als Zuschauer und Helfer müssen sie die 2G plus erfüllen.
- cc) Sind Beschäftigte, die die Veranstaltungen leiten, nicht geimpft und nicht genesen, siehe bei Nr. 6.

8. Kindertagesstätten und Schulen

Für die Kindertagesstätten und Schulen gelten die staatlichen Regelungen (Anlagen 12 a – e).

a) Für den Bereich der KITAs

https://www.stmas.bayern.de/coronavirus-info/corona-kindertagesbetreuung.php https://www.evkita-bayern.de

b) Für den Bereich der Schulen (Lehrkräfte / Religionsunterricht)

https://www.km.bayern.de/allgemein/meldung/7047/faq-zum-unterrichtsbetrieb-an-bayerns-schulen.html

Die Schulreferate der Dekanatsbezirke werden vom Landeskirchenamt regelmäßig über neue Entwicklungen informiert, "Schulreferent*innen-Info": https://www2.elkb.de/intra-net/node/28201

- 9. Arbeitsplatz (besondere Regelungen gelten für Kliniken, Pflegeheime und ähnliche Einrichtungen)
- 1. Home Office (§ 28b Abs. 4 Infektionsschutzgesetz)

Der Arbeitgeber hat Beschäftigten im Falle von Büroarbeiten oder vergleichbaren Tätigkeiten Home Office anzubieten, wenn keine zwingenden betrieblichen Gründe entgegenstehen. Zwingende betriebsbedingte Gründe können dann vorliegen, wenn in den Dienststellen nötige Arbeitsmittel dafür fehlen, die vorhandene IT-Infrastruktur nicht ausreicht oder dringende betriebliche Gründe die Arbeitsleistung vor Ort erforderlich machen.

Der Bundesgesetzgeber versucht, die Pflicht zum Angebot von Homeoffice möglichst weit zu fassen. Das Ziel ist es, Kontakte zu reduzieren. Der Impfstatus der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter spielt dabei keine Rolle, auch nicht, ob sie getestet oder genesen sind.

Beschäftigte werden verpflichtet, das Angebot auf Home Office anzunehmen, allerdings unter der Maßgabe, dass "ihrerseits keine Gründe entgegenstehen". Das können "räumliche Enge, Störungen durch Dritte oder unzureichende Ausstattung" sein.

2. Testpflicht am Arbeitsplatz (§ 28b Abs. 1 Infektionsschutzgesetz)

Mitarbeitende dürfen Arbeitsstätten (insb. Arbeitsräume oder andere Orte in Gebäuden oder auf dem Gelände eines Betriebes), in denen physische Kontakte untereinander oder zu Dritten nicht ausgeschlossen werden können, nur betreten, wenn sie bei der Ankunft am Arbeitsplatz nachweisen, dass sie eines der drei "G" erfüllen.

Hierzu ist eine Bescheinigung vorzulegen. Hat jemand statt eines digitalen Impfzertifikats zum Beispiel einen Impfausweis dabei, muss der Dienstgeber prüfen, ob es sich um einen der vom Paul-Ehrlich-Institut anerkannten Impfstoffe handelt. Arbeitgeber haben die Nachweise zu kontrollieren und dies zu dokumentieren. Sobald sie dies tun, können sie Geimpfte und Genesene von der täglichen Zugangskontrolle ausnehmen. Tests hingegen müssen Beschäftigte jeden Tag neu vorlegen, PCR-Tests alle 48 Stunden. Grundsätzlich müssen die Beschäftigten die Tests selbst beibringen. Dienststellen können ermöglichen, beaufsichtigte Tests vor Ort durchzuführen.

Der Arbeitgeber hat seine Beschäftigten über die betrieblichen Zugangsregeln zu informieren.

Arbeitgeber sind weiterhin verpflichtet, mindestens zweimal pro Woche für alle im Betrieb Arbeitenden zwei Selbsttests kostenlos anzubieten. Diese Tests reichen nur als 3G-Nachweis, wenn das Testen unter Aufsicht stattfindet. Der Arbeitgeber darf keine Testzertifikate über Test unter Aufsicht mit Gültigkeit für Dritte ausstellen, also z. B. für den öffentlichen Nahverkehr.

Soweit es zur Erfüllung der oben genannten Pflichten erforderlich ist, dürfen Arbeitgeber nun zu diesem Zweck personenbezogene Daten einschließlich Daten zum Impf-, Sero- und Teststatus in Bezug auf die Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) erheben und verarbeiten (§ 28b Abs. 3 Satz 3 IfSG). Der Arbeitgeber darf mit den Daten arbeiten, aber sie nicht langfristig speichern.

Eine Muster-Vorlage zur 3G-Dokumentation durch Arbeitgeber bei Beschäftigten finden Sie in Anlage 33.

Die Datenschutz-Hinweise dazu sind im Datenschutz-Portal im Intranet unter folgendem Link zu finden:

<u>Material der ELKB</u> | Intranet > Datenschutz in Corona-Zeiten

- 3. Mögliche arbeitsrechtliche Folgen für Mitarbeitende im **privatrechtlichen Dienstverhältnis**
- a) Wenn Mitarbeitende im **privatrechtlichen Dienstverhältnis** keinen 3-G-Nachweis vorlegen, liegt eine persönliche Leistungsunmöglichkeit vor (§ 275 BGB), dann entfällt in der Regel der Anspruch auf Gegenleistung, d.h. Entgeltzahlung (§ 326 BGB).

Um dies zu verhindern, können die Mitarbeitenden grundsätzlich Urlaub beantragen oder ihr Arbeitsverhältnis ohne Bezüge ruhend stellen. Dies bedarf allerdings der Genehmigung durch die Dienststellenleitung bzw. einer vertraglichen Änderung.

- b) Wer keinen 3-G-Nachweis vorlegt, dem drohen grundsätzlich arbeitsrechtliche Folgen. Die Dienststelle muss den Mitarbeitenden dann zwei Mal abmahnen. Weigert sich der / die Beschäftigte dennoch, kommt eine Kündigung in Betracht.
- 4. Mögliche dienstrechtliche Konsequenzen für Mitarbeitende im öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis

Wenn Mitarbeitende im öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis keinen 3-G-Nachweis vorlegen, stellt dies eine disziplinarisch zu überprüfende Dienst- oder Amtspflichtverletzung dar. Öffentlich-rechtlich Beschäftigte sind aus ihrer Dienstpflicht heraus verpflichtet, die persönlichen Voraussetzungen zu schaffen, die sie zur Erfüllung ihrer Dienstpflichten benötigen.

Bei einem positiven Corona-Fall siehe Anlage 31.

10. Testkosten bei Dienstreisen

- a) Kosten für PCR-Tests anlässlich von Dienstreisen trägt der Arbeitgeber bzw. Dienstherr nur, wenn das auswärtige Dienstgeschäft nur von diesem oder dieser ungeimpften, nicht-genesenen Mitarbeitenden wahrgenommen werden kann, der oder die sich aus nachvollziehbaren Gründen nicht impfen lassen kann (Vorlage eines ärztlichen Attests im Original ist erforderlich). Relevant wird dies u.a. bei erforderlicher Beherbergung und Gastronomie im Rahmen der Dienstreise, unabhängig davon ob in der konkreten Gastronomie oder im Beherbergungsbetrieb ein verpflichtendes oder freiwilliges 3G plus gilt.
- b) Besteht kein durch ärztliches Attest nachgewiesenes Impfhindernis, müssen die Mitarbeitenden die PCR-Testkosten anlässlich von Dienstreisen selbst tragen.

11. Private Reisen

Die Einreise-Quarantäne-Verordnung https://www.bundesgesundheitsministerium.de/ser-vice/gesetze-und-verordnungen/guv-19-lp/coronaeinreisev.html ist zu beachten.

Wer in ein zum Zeitpunkt der Einreise bereits als ausländisches Risikogebiet ausgewiesenes Land - Hochrisikogebiet oder Virusvariantengebiet - reist (aktueller Überblick: https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges Coronavirus/Risikogebiete neu.html).

12. Schutzausrüstung, Schnelltests, Staatliche Impfkampagne

"Es besteht weiterhin bzw. erneut eine kostenlose Bestellmöglichkeit für medizinische Masken, FFP2-Masken sowie für Selbsttests. Näheres zu den Masken finden Sie im Dekanatsrundschreiben der Abteilung D vom 4.12.2020 https://www2.elkb.de/intranet/system/files/infoportal/downloadliste/20_12_14_dekanatsrundschreiben_masken.pdf

Grundsätzlich gibt es eine rechtliche Verpflichtung für den Arbeitgeber, Selbsttests für Beschäftigte anzubieten (derzeit zweimal pro Woche), sofern nicht ausschließlich im Homeoffice gearbeitet wird (s.o. und Anlage 23). Mit Ehrenamtlichen ist in gleicher Weise zu verfahren. Das Angebot ist durch den Arbeitgeber zu dokumentieren.

Für die Dienststellen der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern inklusive der Kirchengemeinden und Dekanatsbezirke besteht die Möglichkeit, kostenlos Selbsttests, FFP2-Masken und medizinische Masken beim Augustinum-Webshop zu bestellen.

Da es inzwischen wieder das kostenfreie staatliche Angebot gibt, Schnelltests in den lokalen Testzentren durchführen zu lassen (sog. Bürgertests), ist vorrangig an diese Möglichkeit zu denken. Die Bestellung von Selbsttests sind dann eine Alternative, wenn die kostenlosen Bürgertests nicht zeitlich oder örtlich ohne weiteres möglich sind."

13. Rückfragen

Gerne stehen für Rückfragen Ihr Regionalbischof bzw. Ihre Regionalbischöfin bereit. Falls Antworten nicht direkt möglich sind, werden Rückfragen auch an die zuständige Fachabteilung weitergeleitet. Bitte setzen Sie den Dekan oder die Dekanin in jedem Fall in cc.

14. Weiterführende Informationen im Intranet

Updates, aktualisierte Anlagen, Informationen: https://www2.elkb.de/intranet/node/25834

- a) Hilfsangebote bei häuslicher Gewalt (Anlage 9)
- b) Arbeitsrecht, Dienstrecht, Gesundheitsschutz https://www2.elkb.de/intranet/system/files/infoportal/downloadliste/2020-11-06 fag task force covid-19.pdf
- c) Informationen zum Wegfall der Entgeltfortzahlung bei Ungeimpften und nicht Genesenen (Anlage 32)
- d) Urheberrecht (Anlage 8)
- e) Datenschutz: https://datenschutz.ekd.de/2020/03/19/stellungnahme-zur-verarbeitung-personenbezogener-daten-im-zusammenhang-mit-der-corona-pandemie und https://www2.elkb.de/intranet/node/25956
- f) Dekanatsrundschreiben (allgemein): https://www2.elkb.de/intranet/node/3160
- g) Dekanatsrundschreiben Abteilung C: https://www2.elkb.de/intranet/node/1863
- h) Informationen finden sich auch auf der Website der ELKB https://www.bayern-evange-lisch.de/wir-ueber-uns/vorsichtsmassnahmen corona.php#tab25

Anlagenübersicht

Die bisherigen Anlagen finden Sie im Intranet unter https://www2.elkb.de/intranet/node/25834 .

Anlage	Stand	Thema	
2	09.09.2021	Gemeinsame Verpflichtung	
2 a	26.11.2021	Kinder- und Familiengottesdienste	
4	26.11.2021	Bestattungen	
4 a	26.11.2021	Handreichung Friedhöfe	
8	04.12.2020	Urheberrechte	
9	18.12.2020	Häusliche Gewalt, Flyer	
12a	11.11.2021	Neufassung des Rahmenhygieneplans (RHP) an Schulen	
12b	11.11.2021	Lesefassung des RHP	
12c	11.11.2021	Kurzübersicht des RHP	
12d	11.11.2021	Merkblatt zum Umgang bei Erkältungssymptomen in Schulen	
12e	24.11.2021	KMS-Schreiben aktuelle Maßnahmen Infektionsschutz	
13	09.10.2020	Heizen und Lüften ELKB	
14	09 2020	Heizen und Lüften EB Bamberg	
17b	19.02.2021	Trauern zuhause farbig	
17c	19.02.2021	Trauern zuhause s/w	
21	26.03.2021	Sonntagskollekte	
29	19.10.2021	Rahmenkonzept Weihnachtsmärkte	
31	05.11.2021	Handlungsanweisung Corona – Fall Arbeitsrecht und Dienstrecht	
32	05.11.2021	Informationen zum Wegfall der Entgeltfortzahlung bei Ungeimpften und nicht Genesenen	
33	26.11.2021	Muster für eine 3G-Dokumentation durch den Arbeitgeber	